

## **Beschluss 15**

Arbeitsgemeinschaft der Jurist\*innen in der SPD Bezirk Hessen-Süd

110 Beschluss: Angenommen

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand

### **Unvereinbarkeit mit der AKP**

115 Der Parteivorstand der SPD wird aufgefordert festzustellen, dass die Mitgliedschaft in der SPD mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der türkischen AKP, der Organisation Millî Görüş und MHP unvereinbar ist.

#### **Begründung:**

120 Nicht erst seit den Geschehnissen aufgrund des jüngsten Putschversuches in der Türkei ist festzustellen, dass die türkische Regierungspartei AKP eine Politik der Islamisierung der Türkei und des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit betreibt. Eine solche Politik ist mit den Grundwerten der Sozialdemokratie in jeder nur denkbaren Weise unvereinbar.

125 In der Bundesrepublik leben inzwischen mehrere Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln. Viele von diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern besitzen neben der türkischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft und nehmen, was nachhaltig zu begrüßen ist, auch aktiv am politischen Leben unseres Landes teil.

130 Allerdings befinden sich darunter auch solche Menschen, welche die Politik der türkischen AKP unterstützen. Die Politik der AKP ist mit den sozialdemokratischen Grundwerten wie Freiheit, Gleichheit, und Gerechtigkeit und unserem Verständnis einer freiheitlichen Demokratie und eines Rechtsstaates nicht in Einklang zu bringen. Aus Kreisen der Mitgliedschaft gibt es immer wieder Hinweise, dass teilweise Mitglieder der SPD zugleich auch Mitglied der AKP  
135 seien.

Um hier unmissverständlich klare Grenzen zu setzen, ist ein Unvereinbarkeitsbeschluss geboten. In Fragen des Rechtsstaats, der Demokratie und in Fragen unserer gesellschaftlichen Grundwerte muss es klare Trennungslinien geben!